

1 DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2 3. Tagung des 3. Landesparteitages
3 15. September 2012, Stadthalle Ludwigslust

4

5

6 **Beschluss**

7

8

9 „Unter Demokratie verstehe ich, dass sie dem Schwächsten die gleichen Chancen einräumt wie dem Stärksten.“
10 Mahatma Gandhi (1869-1948)

11

12

13 **Soziale Gerechtigkeit und Demokratie zurückgewinnen!**

14 In Mecklenburg-Vorpommern. Im Bund. In Europa. NUR MIT UNS!

15

16

17 **Primat der Politik zurückgewinnen!**

18 Die Krise der Banken und Staatsfinanzen, verursacht durch das kapitalistische System, gefährdet die
19 Demokratie und den sozialen Zusammenhalt in ganz Europa.

20 Im Eilverfahren bewilligt der Deutsche Bundestag mehrheitlich Milliardensummen, damit Banken in
21 der EU gerettet werden können. Zeitgleich greift eine Beschlusswelle von Sparpaketen die
22 Sozialstaaten an und beschneidet die Mitsprache- und Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

23 Mit den Beschlüssen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus und dem Fiskalpakt gibt der
24 Deutsche Bundestag seine Rechte an eine Ebene ab, die nicht durch Wahlen legitimiert ist. Somit
25 beschneidet der Bundestag sein im Grundgesetz festgeschriebenes Budgetrecht.

26 Auch in den Parlamenten der Länder und Kommunen wird der Einfluss der gewählten Vertreterinnen
27 und Vertreter auf haushaltspolitische Entscheidungen massiv eingeschränkt. Starre und weitreichende
28 Sparvorgaben führen zu weiteren Kürzungen und letztlich zu Handlungsunfähigkeit insbesondere im
29 Sinne einer sozial gerechten Politik.

30 DIE LINKE weist auf den Demokratieverlust im Deutschen Bundestag und im Landtag Mecklenburg-
31 Vorpommern immer wieder hin. Jedoch haben alle anderen Parteien dem Demokratieabbau zu
32 Gunsten von Banken und Kapitalmärkten zugestimmt. Sie haben die massiven und unsozialen Eingriffe
33 in die Staatshaushalte Griechenlands, Spaniens und Portugals mitgetragen.

34

35 Das Bundesverfassungsgericht hat den Weg für den ESM und den Fiskalpakt frei gemacht. Doch es
36 hat klare Auflagen erteilt. Nicht die Regierungen und nicht die Europäische Kommission, nicht zur
37 Verschwiegenheit verpflichtete ESM-Angestellte, sondern ausschließlich der Deutsche Bundestag
38 kann darüber entscheiden, ob noch mehr Geld für die Rettungsschirme zur Verfügung gestellt werden
39 darf.

40 Wir bleiben dabei, dass nicht den Banken und Spekulanten geholfen werden muss. Vielmehr wären
41 Hilfen nötig, mit denen die Kaufkraft in den betroffenen Ländern gestärkt wird. Nicht die Kürzung der
42 Löhne, Arbeitslosengelder und der Renten hilft weiter, das Gegenteil wäre nötig. Während die
43 Bundesregierung für Deutschland nach 2008 völlig richtig mit Investitionen auf die Krise reagierte,
44 verschreibt sie Griechenland, Portugal und Spanien radikale Ausgabenkürzungen. Was bei uns
45 geholfen hat, dürfen andere nicht haben. Diese Politik zerstört die Idee eines gemeinsamen Europas
46 und DIE LINKE wird als europäische Partei für ein solidarisches Miteinander und die gerechte
47 Verteilung der Vermögen kämpfen.

48

49

50 **Soziales und solidarisches Europa!**

51 DIE LINKE steht für ein solidarisches Europa. Wir lehnen den Rauswurf von Staaten aus der Eurozone
52 ab. Dieser würde zu massiven sozialen Verwerfungen und einer gravierenden Verschärfung der Armut
53 in ganz Europa führen. Auch die abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik würden unter dieser
54 Entwicklung leiden.

55 Dies verpflichtet uns zum verantwortungsvollen Erhalt der Gemeinschaft, einem solidarischen
56 Miteinander und einer Umverteilungspolitik von oben nach unten. Die neue Regierung in Frankreich
57 macht es vor: Eine Millionärssteuer wird eingeführt, große Vermögen und Konzerngewinne werden
58 erheblich stärker zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen und eine
59 Finanztransaktionssteuer wurde beschlossen. Dieser Weg ist richtig und wir wollen ihn auch in
60 Deutschland gehen. Der Staat verzichtet im Interesse der Reichen und Superreichen auf Einnahmen.
61 Das führt in Verbindung mit dem Fiskalpakt zu immer weiteren Kürzungen der Ausgaben für Soziales,
62 Bildung und Kultur. Die Kaufkraft vieler wird geschmälert, wenn Sozialleistungen gekürzt, Löhne
63 gesenkt und Investitionen zurückgefahren werden. Das schwächt weiter die Binnennachfrage in den
64 EU-Staaten und verschärft damit die Krise. Zudem unterbleiben die nötigen Investitionen für einen
65 sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft.

66
67

68 **Wirtschaft soll den Menschen dienen! Sozial-ökologisch umbauen!**

69 DIE LINKE will eine andere Wirtschaftsordnung Die Wirtschaft soll den Menschen dienen, nicht die
70 Menschen der Wirtschaft! Die Begrenztheit von Ressourcen und ökologischer Belastbarkeit muss
71 dabei beachtet werden. Um dies zu erreichen, ist auch zwingend die Frage nach Eigentumsformen zu
72 stellen. Vor allem darf die öffentliche Daseinsvorsorge nicht dem Streben nach Profit unterworfen
73 werden.

74 In mehr genossenschaftlichem Eigentum sehen wir als LINKE eine Möglichkeit, das System zu
75 verändern. Die gemeinsame Bewirtschaftung durch Nutzerinnen und Nutzer sowie durch
76 Produzentinnen und Produzenten ermöglicht eine sozial und ökologisch orientierte Wirtschaft. Das
77 betrifft die Landwirtschaft, das produzierende Gewerbe, den Dienstleistungsbereich, die
78 Energieversorgung, die Abfallwirtschaft, die Wohnungswirtschaft und viele andere Bereiche. Wir
79 erhoffen uns davon eine größere Transparenz und soziale Gerechtigkeit bei den Preisen, eine starke
80 Wirtschaft, die zum sozial-ökologischen Umbau und zu mehr Arbeitsplätzen beiträgt sowie eine
81 demokratischere Wirtschaftsordnung auch in Mecklenburg-Vorpommern. Deswegen setzen wir bei der
82 Entwicklung unseres Landes auf Genossenschaften. Die Gründung der „TLG-Genossenschaft Fair-
83 Wohnen“ zeigt, wie öffentliches Eigentum bewahrt werden könnte. Beim Verkauf von 11.500
84 Wohnungen in Ostdeutschland haben Union und FDP nur den maximalen Profit im Blick. Wohnen ist
85 ein Menschenrecht, es darf nicht zum Spielball der Profitgier der Reichen werden. DIE LINKE will und
86 die „TLG-Genossenschaft Fair-Wohnen“ wollte, dass Wohnraum nicht an Finanzinvestoren verkauft
87 wird.

88 Der Ausschluss unserer Genossenschaft aus dem Bieterverfahren macht deutlich, dass das
89 Finanzministerium kein Interesse an einem Kurswechsel hat. Auf dem Rücken der Mieterinnen und
90 Mieter wird nun ein Höchstpreis anvisiert. Die Wohnungen werden an einen Finanzinvestor verkauft,
91 dem es lediglich um maximale Rendite, statt um sozial gerechte Bewirtschaftung geht. DIE LINKE wird
92 dennoch alles versuchen, um den Verkauf an einen solchen Finanzinvestor noch zu verhindern.
93 Außerdem werden wir den betroffenen Mieterinnen und Mietern mit Hilfe zur Seite stehen.

94 Angesichts der weltweiten Klima- und Umweltkrise muss die Energieversorgung sehr schnell auf
95 erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Die Energiewende muss jedoch sozial gerecht werden
96 und darf nicht zu unbezahlbaren Stromrechnungen für Einkommensschwache führen. Wir fordern
97 daher, dass ein gewisser Grundbedarf an Strom für alle erschwinglich sein soll. Wer mehr verbraucht,
98 muss dagegen verhältnismäßig mehr zahlen. Die Strompreise wären somit auf der einen Seite sozial
99 abgefedert, auf der anderen Seite gäbe es einen stärkeren Anreiz, Strom zu sparen.

100 Des Weiteren muss es für die Lasten der Energiewende eine gerechte Verteilung geben.

101 Großunternehmen dürfen dementsprechend nicht von der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-
102 Gesetz (EEG-Umlage) befreit werden. Auf diese Weise gäbe es für die Verbraucherinnen und
103 Verbraucher fairerweise eine Entlastung und die Unternehmen hätten einen stärkeren Anreiz, Energie
104 zu sparen. Subventionen und andere Leistungen, die letztendlich von den Steuerzahlerinnen und -
105 zahlern an die Energiekonzerne gehen, müssen abgebaut und die Strompreise müssen staatlich
106 kontrolliert werden. Kurz- bis mittelfristig sind Rekommunalisierungen, Verstaatlichungen,
107 Genossenschaftsinitiativen und ähnliches zu verwirklichen, um die Milliardenprofite und die Macht der
108 vier großen Energiekonzerne einzudämmen und um eine dezentrale Energieversorgung zu erreichen.

109 Der öffentliche Personennahverkehr ist zu stärken, um eine soziale und umweltgerechte Mobilität
110 sicherzustellen. Die beabsichtigten Bahn-Streichungen des Schweriner Verkehrsministeriums lehnen
111 wir dementsprechend ab. Um steigende Kraftstoffkosten für Einkommensschwache sozial abzufedern,
112 sollte die Pendlerpauschale einkommensabhängig umgestaltet werden.
113 Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen eine Stärkung erfahren, insbesondere in der für Mecklenburg-
114 Vorpommern bedeutsamen Land- und Ernährungswirtschaft. Ökologischer Landbau ist zu
115 unterstützen, während die weitere Ansiedlung von übergroßen Tierhaltungsanlagen zu vermeiden ist.
116 Dies sichert mehr Arbeitsplätze und ist ökologischer. Die EU-Agrarbeihilfen sollten sich in Zukunft
117 ebenfalls mehr an diesen Kriterien, Arbeitsplatzzahl und Umwelt, orientieren.
118 Insgesamt muss von der kapitalistischen Wachstumslogik Abstand genommen werden. Wichtig ist
119 vielmehr ein gutes Leben für alle im Rahmen der Kapazitäten unserer Erde.

120
121

122 **Endlich Rentengerechtigkeit!**

123 Weiterhin fordern wir eine Korrektur der Rentenüberleitung, damit nach über 20 Jahren endlich die
124 vielen Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen abgeschafft werden.
125 Unser Verdienst ist es, dass die Probleme von bspw. den Beschäftigten des Gesundheitssystems der
126 DDR, von Bahn und Post, der Sicherheitsorgane, der Geschiedenen und der gesamten Intelligenz in
127 der Alterssicherung teilweise von Abgeordneten aller anderen Fraktionen gesehen und eingestanden
128 werden. Im Wahlkreis wird dabei auch von CDU, SPD, FDP und Grünen oft Unterstützung zugesagt.
129 Nur in Berlin im Bundestag fehlt seit Jahren das Handeln. Gemeinsam mit den Betroffenen werden wir
130 weiter Druck machen.

131

132 Auch die Generationen, die jetzt oder erst in Zukunft in Rente gehen, sind in zwei Klassen geteilt.
133 Noch immer wird beim Rentenwert nach Ost und West unterschieden. DIE LINKE fordert seit Jahren,
134 dass der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen wird, ohne die Höherbewertung der
135 Ost-Löhne aufzugeben. Unser Stufenplan für die Rentenangleichung lehnt sich an die Vorstellungen
136 von SeniorInnenverbänden und Gewerkschaften an. Für eine armutsfeste und
137 lebensstandardwahrende Rente hat DIE LINKE ebenfalls ein finanzierbares Konzept vorgelegt. Auch
138 eine solidarische Mindestrente vom 1050 € gehört zu unseren Forderungen, um Altersarmut zu
139 verhindern.

140

141

142 **Solidarische Gesundheit & Pflege für alle!**

143 Da die demografische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bundespolitische Entwicklungen
144 vorwegnimmt, sind unsere Erfahrungen für die Bundespolitik von besonderem Wert. Die Bevölkerung
145 nimmt ab und wird älter. Einerseits werden Fachkräfte rar, andererseits nehmen die Bedürfnisse an
146 medizinischer Versorgung und Pflege zu. Ärzte- und Pflegenotstand – auch wegen sehr schlechter
147 Bezahlung - ist in vielen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern bereits traurige Realität.
148 Zur Sicherung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen
149 Versorgung braucht es neben einer modernen Bedarfsplanung vor allem eine stabile Finanzierung.
150 Daran ist Schwarz-Gelb mit den Zusatzbeiträgen bei den Krankenkassen und privater Vorsorge (Pflege-
151 Bahr) gescheitert. Mit unserem durchgerechneten Konzept einer solidarischen Bürgerinnen- und
152 Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege bieten wir eine gerechte Alternative. Sie ermöglicht
153 Beitragssenkungen für zwei Drittel der Bevölkerung, indem das einkommensstärkste Drittel mehr als
154 bisher einbezogen wird. Zugleich entsteht finanzieller Spielraum für notwendige
155 Leistungsverbesserungen sowie für gute und anständig bezahlte Arbeit zugunsten der tausenden
156 Beschäftigten in diesen Bereichen.

157

158

159 **Hochwertige und elternbeitragsfreie Kinderbetreuung!**

160 DIE LINKE setzt sich für ein dichtes Netz an Kindertagesstätten und Tagesmüttern mit hoher Qualität
161 und Motivation im ganzen Land ein. Wir wollen keine – Betreuungsgeld genannten – Herdprämien.

162 DIE LINKE setzt sich für eine bundesweite Leitlinie zur Kitabetreuung ein, die eine Angleichung der
163 Fachkräfte-Kind-Relation und der Gehälter zwischen Ost und West festlegt. Dazu gehört, den
164 Betreuungsschlüssel von 1:6 in den Krippen, von 1:17 in den Kindertagesstätten und 1:22 im Hort
165 weiter schnellstmöglich abzusenken. Voraussetzung dafür ist, gut qualifiziertes Fachpersonal zu
166 beschäftigen und neu einzustellen. Die individuelle Betreuung und Förderung eines jeden Kindes,
167 gleich welcher Herkunft, muss im Vordergrund stehen. Dafür ist es notwendig, dass mehr Vor- und
168 Nachbereitungszeiten für die Erzieherinnen und Erzieher gewährt werden. Das führt zu einem höheren
169 Bedarf, an dessen Deckung sich Land und Bund beteiligen müssen. Kinderbetreuung muss nicht nur
170 qualitativ hochwertig, sondern für Eltern kostenfrei sein.

171

172

173 **Gute Bildung. Gute Arbeit.**

174 Noch immer ist der soziale Stand der Eltern ein – wenn nicht das entscheidende – Kriterium für die
175 Chancen der Kinder in unserem Land; gerade in Mecklenburg-Vorpommern, wo noch immer die
176 niedrigsten Löhne deutschlandweit gezahlt werden. Nur etwa 72 % des Bundesdurchschnitts betragen
177 die Arbeitseinkommen hier. Die Zahl der Aufstockerinnen und Aufstocker ist so hoch, wie kaum
178 anderswo. Fast 49.000 Menschen in unserem Land müssen zusätzlich zu ihrem Lohn Hartz IV
179 beantragen. Die Arbeitslosenquote ist eine der höchsten in Deutschland. Auch das führt zu einer
180 massiven Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen. Wir fordern daher einen Mindestlohn von 10
181 Euro und eine faire Verteilung von Arbeit. Das heißt, Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich für die
182 einen und zusätzliche Arbeitsplätze für die anderen. Darüber hinaus machen wir uns dafür stark, dass
183 die Angebote des Staates für alle gleichberechtigt da sind. Die Bildung von Kindern und die Schaffung
184 gleicher Chancen sind eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und damit auch des Bundes. Geld für
185 gute Bildung ist ausreichend vorhanden. Wenn die auf Kinder bezogenen Privilegien für Wohlhabende
186 abgeschafft würden, erzielte der Staat erheblich höhere Steuereinnahmen. So ist es nicht akzeptabel,
187 dass Besserverdienende von Kindergeld bzw. von einem Steuerfreibetrag für Kinder profitieren.
188 Geringverdienerinnen und Geringverdiener, die wenig Steuern zahlen, kommen nicht in den Genuss
189 dieser Vergünstigungen. Gleiches gilt für die Absetzbarkeit der Gebühren für Privatschulen bzw.
190 Schulen in freier Trägerschaft. DIE LINKE will ein attraktives und vielfältiges Netz kostenfreier
191 öffentlicher Schulen. Wer etwas anderes will, soll das haben, aber nicht subventioniert von der
192 Allgemeinheit.

193

194

195 **Kampf gegen Neofaschismus stärken!**

196 Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit sind nach wie vor große Probleme in diesem Land, denen
197 die regierenden Parteien nichts Wirkungsvolles entgegenzusetzen haben.
198 Die neofaschistischen TerroristInnen der NSU konnten jahrelang in Deutschland unbehelligt agieren
199 und dabei eine Serie von zehn Morden begehen. Unfassbar sind in diesem Zusammenhang die
200 Verstrickungen der Geheimdienste und verschiedener anderer Behörden. Wie keine andere Partei hat
201 sich DIE LINKE gegen Kürzungen bei den Projekten zur Bekämpfung dieser menschenfeindlichen
202 Ideologie, gegen die Gleichsetzung mit anderen Gedanken und die daraus folgende Verharmlosung
203 sowie gegen die pauschale Verdächtigung aller Antifaschistinnen und Antifaschisten eingesetzt. Die
204 massive Unfähigkeit der Behörden im Bund und auch in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir
205 aufklären. Geheimdienste lassen sich nicht kontrollieren. Zudem werden sie durch die Regierenden
206 immer wieder auch als Druckmittel gegen Missliebige eingesetzt, was sich auch an der Bespitzelung
207 der LINKEN und ihrer Abgeordneten zeigt. DIE LINKE bleibt daher bei ihrer Forderung, alle
208 Geheimdienste abzuschaffen. Zur Stärkung der demokratischen Strukturen ist eine deutlich bessere
209 Ausstattung der Initiativen notwendig, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen. Vor allem
210 muss Schluss sein mit der Verdächtigungskultur gegenüber allen, die sich gegen Neofaschismus
211 einsetzen!
212 Die „Extremismusklausel“ von Kristina Schröder ist Gift für demokratisches Engagement. Die
213 Kommunen müssen dringend wieder in die Lage versetzt werden, zivilgesellschaftliche Strukturen
214 aufrecht zu halten oder neu aufzubauen. Dazu brauchen sie nicht nur finanzielle Unterstützung. Auch
215 in den Köpfen muss viel passieren. Neofaschismus zu ignorieren oder bestehende Probleme zu

216 verdrängen, verschärft das Problem. Auch bei uns selbst muss das Bewusstsein für den
217 demokratischen Kampf gegen alte und neue Nazis wieder geschärft werden.
218 Wir stehen für die Stärkung von Demokratie und Toleranz im Kampf gegen Neofaschismus und
219 Ausländerfeindlichkeit und daher wollen wir keine weiteren Kürzungen der Bundesprogramme gegen
220 Neofaschismus.

221

222

223 **DIE LINKE - kompetent und erfahren!**

224 Wir engagieren uns weiter auf allen Ebenen für faire Bezahlung, auskömmliche Finanzausstattung der
225 Kommunen und einen solidarischen Finanzausgleich unter den Bundesländern.

226 Wir bringen unsere Erfahrungen bei der Ausgestaltung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und der
227 Entwicklung einer chancengerechten Bildungspolitik durch umfassende frühkindliche Erziehung,
228 Bildung und längeres gemeinsames Lernen, das auf inklusiven Schulen basiert, ein. Dabei kommen
229 uns unsere spezifischen ostdeutschen Erfahrungen in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung zu
230 Gute.

231 Ganz wichtig ist für uns die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir lehnen weitere

232 Privatisierungen von Gütern und Leistungen ab. Vielmehr unterstützen wir Rekommunalisierungen
233 aktiv. Die Wiedergewinnung des Öffentlichen ist für uns von herausragender Bedeutung.

234 Auch demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden. Wir setzen uns für
235 eine Stärkung der direkten Demokratie ein. Volksabstimmungen sollen auf Bundesebene endlich

236 möglich sein. Auch das Herabsetzen des Wahlalters bei Bundestags- und Landtagswahlen auf 16 Jahre
237 bleibt unser Ziel.

238 Wir arbeiten an der Umsetzung des sozial-ökologischen Umbaus. Wir entwickeln Programme zur

239 zivilen Nachnutzung von ehemaligen militärischen Objekten durch Konversion. Wir gestalten eine

240 umfassende und fachübergreifende Gleichstellungspolitik. Wir setzen uns für ein offenes und freies

241 Internet ein, für gleiche Zugangs- und Teilhabebedingungen für alle Menschen.

242

243

244 **NUR MIT UNS!**

245 DIE LINKE hat sich immer wieder für diese Themen engagiert und steht für soziale Gerechtigkeit und

246 Demokratie. Ohne unseren Einsatz wäre oft gar nichts passiert. Auch deswegen muss DIE LINKE im

247 neuen Bundestag wieder mit einer starken Fraktion und möglichst vielen Abgeordneten aus

248 Mecklenburg-Vorpommern vertreten sein. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir nach

249 den Europa- und Kommunalwahlen 2014 mit starken Fraktionen Politik gestalten und mit vielen

250 Ehrenamtlichen Kommunalpolitik praktizieren können. Dann können wir auch 2016 mit einer starken

251 Landtagsfraktion politische Mehrheiten für unsere alternativen Politikangebote erreichen.

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269